

Ute Finckh-Krämer

Warum ich als Pazifistin Politik für die SPD mache

Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

Die Friedensbewegung hat es in der Bundesrepublik nur dann geschafft, für eine breite Öffentlichkeit politisch sichtbar zu werden, wenn es ihr gelungen ist, die SPD oder zumindest Teile davon mit ins Boot zu nehmen. Das begann mit dem Kampf gegen die Wiederbewaffnung, setzte sich im Protest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr fort, wurde besonders deutlich in den Protesten gegen den Nato-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre und schließlich bei der großen Demonstration gegen den Irakkrieg, zu der am 15. Februar 2003 eine halbe Million Menschen in Berlin zusammenkamen.

Hunderttausende sind Anfang der 1970er Jahre wegen Willy Brandts Politik in die SPD eingetreten – die überfälligen Reformen im Inneren und die mit den Ostverträgen eingeleitete Entspannungspolitik waren die Hauptmotive dafür.

20 Jahre lang »Glück« mit linken Landesverbänden gehabt

Ich bin Ende 1972 mit genau 16 Jahren in die SPD eingetreten. Vermutlich wäre ich – wie viele andere – Anfang der achtziger Jahre zu den Grünen gewechselt, deren damaliges Motto »ökologisch – sozial – basisdemokratisch – gewaltfrei« mir aus dem Herzen sprach. Aber der SPD-Landesverband, dem ich damals noch angehörte, Bremen, hatte sich klar gegen den Nato-Doppelbeschluss positioniert. Eine Ummeldung an meinen Studienort Tübingen hätte an dieser Situation nichts geändert – auch die SPD in Baden-Württemberg gehörte in diesem (und anderen) Punkten zu den scharfen innerparteilichen Kritikern von Helmut Schmidt. Also blieb ich in der SPD in der Hoffnung, dort friedenspolitische Positionen stärken zu können.

Mein nächster Umzug führte mich nach Minden/Westfalen – wo die SPD gerade die Vorbereitungen zu einem großen friedenspolitischen Kongress unterstützte. Auch nicht gerade ein guter Anlass, um aus der SPD auszutreten... Der Kongress fand dann 1988 mit dem Titel »Ohne Waffen, aber nicht wehrlos« statt – und führte 1989 zur Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV), ebenfalls in Minden. Ich war nicht das einzige Gründungsmitglied des BSV, das ein SPD-Parteibuch hatte. Die Jusos wurden damals sogar Trägerorganisation.

Erfahrungen in der »rechten« Berliner SPD

Als sich 1992 abzeichnete, dass ich mit meinem Mann und unseren Kindern nach Berlin ziehen würde, war ich überzeugt, dass ich dort über kurz oder lang mein SPD-Parteibuch abgeben würde. Die Berliner SPD hatte damals den Ruf, dem rechten Flügel der Partei anzugehören, im Antikommunismus der 50er Jahre zu verharren und in ihrem Führungspersonal eng mit der Bauwirtschaft verfilzt zu sein. Es gab auch einen bundespolitischen Anlass, der gut zu passen schien – die SPD war gerade dabei, eine Grundgesetzänderung mitzutragen, die das Asylrecht de facto abschaffte. Damit hätte ich meinen Austritt gut begründen können. Aber die damalige Bundestagsabgeordnete des Berliner Bezirks, in den wir zogen, protestierte öffentlich gegen die Zustimmung der Fraktionsmehrheit und stimmte gegen die Grundgesetzänderung. Dafür wurde sie parteiintern scharf kritisiert, also erschien es mir sinnvoller, ihr den Rücken zu stärken, als ihr mein Parteibuch vor die Füße zu werfen. Dazu kam, dass die aktive Mitarbeit im lokalen SPD-Ortsverein ein guter Weg war, schnell einen Überblick über die kommunalpolitischen Besonderheiten meines neuen Wohnorts zu bekommen. Kinderbetreuung, Spielplätze, örtliche Verkehrssituation waren für mich in dieser Lebensphase mit zwei Kindern im Vorschulalter von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Das war rückblickend damit auch der Zeitpunkt, an dem ich beschloss, lieber parallel innerhalb und außerhalb der SPD konsequent pazifistische Positionen zu beziehen, als die Partei zu wechseln oder als Parteilose zu versuchen, von außen auf die verschiedenen im Bundestag vertretenen Parteien Einfluss zu nehmen. Ich habe mich über viele Entscheidungen, die sozialdemokratische Regierungsmitglieder und Abgeordnete gefällt haben, geärgert, habe dagegen demonstriert und scharfe Artikel dagegen geschrieben. Habe aber gleichzeitig gemerkt, dass meine Aktivitäten – eben weil ich sie als aktives SPD-Mitglied betrieben habe – von vielen in der SPD erfreut zur Kenntnis genommen wurden.

Manche Funktionen in der SPD gelten als so undankbar, dass alle froh sind, wenn jemand sie übernimmt. Dazu gehört insbesondere die Kas-

senführung. Als mein Ortsverein merkte, dass ich mit Zahlen umgehen kann, wurde ich gebeten, Kassiererin zu werden, und als der Unterbezirk merkte, dass ich nicht nur die Kasse ordentlich führte, sondern auch innerhalb der Partei dafür kämpfte, dass die Hauptamtlichen in der Landes- und Bundeszentrale den ehrenamtlichen KassiererInnen das Leben nicht unnötig schwer machten, wurde ich Unterbezirkskassiererin. Damit war ich – ohne irgendwelche Kompromisse in meinen inhaltlichen Positionen einzugehen – im geschäftsführenden Unterbezirksvorstand und bekam Einblicke in die Entscheidungsstrukturen auf Unterbezirks- und Landesebene, die sich später für die friedenspolitische Lobbyarbeit als ausgesprochen nützlich erwiesen. Und konnte einiges von meinen Vorstellungen, wie GenossInnen miteinander (und mit der hauptamtlichen Geschäftsführerin im Unterbezirk) umgehen sollten, umsetzen.

Da der BSV sich explizit für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten in allen gesellschaftlichen Bereichen im eigenen Land einsetzt, war es für mich konsequent, der oft destruktiven Diskussionskultur in der SPD etwas entgegenzusetzen. Die unterscheidet sich nach meiner Einschätzung übrigens nicht groß von der in anderen im Bundestag vertretenen Parteien, Die Linke eingeschlossen, was erheblich zu dem beiträgt, was in den Medien als »Politikverdrossenheit« bezeichnet wird.

■ Wenig Licht und viel Schatten in der SPD-Regierungszeit

Die rot-grüne Koalition von 1998 bis 2005 war friedenspolitisch mehr als zwiespältig. Die Zustimmung zum Kosovo-Krieg, zur deutschen Beteiligung an *OEF* und *Isaf* führten zu tiefen Konflikten innerhalb der SPD und der Grünen und zu zahlreichen Parteiaustritten. Ein Teil der Ausgetretenen wechselte zur PDS, andere beteiligten sich an der Gründung der WASG. Andererseits hatte die sozialdemokratische Ministerin Heidi Wiecek-Zeul den vom BSV und dem *forumZFD* geforderten Zivilen Friedensdienst im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung etabliert, die zweite rot-grüne Bundesregierung verabschiedete den von der 1998 gegründeten Plattform Zivile Konfliktbearbeitung geforderten »Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«, beim Institut für Auslandsbeziehungen wurde das Förderprogramm *zivik* aufgelegt, das Konsortium Ziviler Friedensdienst und die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung wurden mit staatlicher Unterstützung gegründet. Und: Gegen den scharfen Protest der damaligen Oppositionsfractionen CDU und FDP weigerte sich der sozialdemokratische Bundeskanzler Ger-

hard Schröder im Jahr 2002, deutsche Truppen für den sich abzeichnenden Krieg der USA gegen den Irak zur Verfügung zu stellen. Unter den 500.000 Menschen, die am 15. Februar 2003 gegen den Irakkrieg demonstrierten, waren zahlreiche SozialdemokratInnen. Sollten wir etwa unsere Partei denjenigen überlassen, die jeden Angriffskrieg der USA mitmachen wollten?

Genauso schlimm wie die Zustimmung zu den Bundeswehreinmärschen im Kosovo und in Afghanistan war für viele SozialdemokratInnen ein Teil der Gesetzesänderungen der »Agenda 2010«. Hier war der grüne Koalitionspartner Teil des Problems, der sich massiv für eine Senkung des Spitzensteuersatzes eingesetzt hatte. Diejenigen, die vorhersagten, dass es eine Lohnspirale nach unten zur Folge haben würde, wenn man Sozial- und Arbeitslosenhilfe zusammenlegt und praktisch jede Arbeit für zumutbar erklärt, ohne sie an tarifliche oder an allgemeine Mindestlöhne zu koppeln, wurden parteiintern marginalisiert. Ich gehörte zu den wenigen, die 2003 auf einem Landesparteitag »in die Bütt« gingen, um gegen die Teile der »Agenda 2010« zu protestieren, die gegen grundlegende Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit verstießen. Ich bekam eine Menge Beifall, aber an der mehrheitlichen Zustimmung zum Kurs der rot-grünen Bundesregierung änderte das nichts. Rückblickend gesehen war es fatal, dass die großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di lange gegen gesetzliche Mindestlöhne gekämpft hatten, weil sie befürchteten, dass damit – ähnlich wie in Frankreich – Tarifverträge mit deutlich höheren Löhnen als dem jeweiligen Mindestlohn erschwert würden. Sie hatten leider übersehen, dass Tarifverhandlungen in Frankreich ganz anders ablaufen als in Deutschland, weil dort meistens betriebsbezogene und nicht branchenbezogene Tarifverträge abgeschlossen werden. Falsche Analogieschlüsse sind nach meiner Beobachtung ein generelles Problem der politischen Diskussion, über die Parteien hinaus.

Spätestens seit ich 2005 zur Vorsitzenden des Bundes für Soziale Verteidigung gewählt wurde, bin ich in die Rolle geraten, gleichzeitig in der SPD zu erklären, wie friedens- und entwicklungspolitische Gruppen funktionieren, und im BSV und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, wie Entscheidungen in Parteien zustande kommen und welche Ansatzpunkte es gibt, um diejenigen innerhalb der Parteistrukturen und der Bundestagsfraktionen zu stärken, die bereit sind, friedenspolitische Forderungen zu unterstützen. Ich erwischte mich manchmal bei dem Gedanken, wie es wäre, wenn ich auf der anderen Seite säße und überlegte, welchen Aufwand es bedeuten würde, um mit Aussicht auf Erfolg als Bundestagskandidatin antreten zu können. Ich kam zu dem Schluss, dass der Preis für den üblichen Weg durch die Institutionen zu hoch sein würde, weil er zeitlich

nicht mit meinem Engagement für den BSV und die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung zu vereinbaren gewesen wäre. Also trat ich im Frühjahr 2008 nicht mehr für den Posten der Unterbezirkskassiererin an, um mehr Zeit für mein friedenspolitisches Engagement zu haben. Zu meiner Überraschung wurde ich Anfang 2009 gefragt, ob ich bereit sei, als Wahlkampfbeauftragte für den SPD-Bundestagsabgeordneten in meinem Berliner Wahlkreis zu fungieren. Mit dem hatte ich mich gründlich über die Agenda 2010 und seine Zustimmung zu den jährlichen *Isaf*- und *OEF*-Mandatsverlängerungen gestritten. Die Bankenkrise und die Eskalation des Afghanistankrieges hatten ihn anscheinend nachdenklich werden lassen – sein Wiedereinzug in den Bundestag war allerdings unsicher. Andererseits war es eine zeitlich befristete Aufgabe, bei der ich viel über Wahlkämpfe, die Konfliktebenen zwischen bezahlten und unbezahlten Aktiven und die Möglichkeiten, PolitikerInnen in Wahlkampfzeiten zu beeinflussen, lernen würde. Also sagte ich zu. Die SPD verlor in Berlin überdurchschnittlich viele Erst- und Zweitstimmen, der Steglitz-Zehlendorfer Abgeordnete gehörte zu denen, die ihr Bundestagsmandat verloren. Aber ich hatte tatsächlich einiges dazugelernt, was im Folgenden für die friedenspolitische Lobbyarbeit gegenüber Bundestagsabgeordneten nützlich war. Insbesondere habe ich von einem einflussreichen Hauptamtlichen aus der SPD-Bundeszentrale gehört, dass aus seiner Sicht eigentlich nur diejenigen GenossInnen zählen, die als Abgeordnete, hauptamtliche MitarbeiterInnen der Partei, der Fraktionen oder der Abgeordneten oder als von der SPD benannte politische Beamte hauptberuflich Politik machen. Das waren etwa 4.000 von 500.000 Mitgliedern. In diesem Augenblick wunderte ich mich nicht mehr über die dramatische Niederlage der SPD. Der Betreffende verlor übrigens seinen Posten, und in den meisten Landesverbänden wurde das unter Gerhard Schröder eingeführte Top-Down-Denken in Frage gestellt. Ein Verlust von über 10 Prozentpunkten bedeutet ja, dass deutlich weniger Wahlkampfkostenerstattung gezahlt wird. Es war klar, dass die SPD sich wieder mehr auf ehrenamtlich Aktive stützen muss.

■ »Fenster der Möglichkeiten«

Der abgewählte Abgeordnete in meinem Unterbezirk kehrte erfolgreich in seinen Beruf als Rechtsanwalt und Notar zurück und wollte 2013 nicht noch einmal antreten. Ich wartete also ab, wer sich um die Nachfolge bemühte – gegen manche möglichen Kandidaten hätte ich eine Protest-Genekandidatur erwogen. Im Frühjahr 2012 sah es für mich aber so aus, als ob die ehemalige Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel in den Startlöchern für eine Kandidatur 2013 stand – sie

kandidierte als stellvertretende Unterbezirksvorsitzende und wurde mit großer Mehrheit in dieses Amt gewählt. Die Jusos waren immer noch BSV-Mitgliedsorganisation (und sind es bis heute). Franziska hatte sich in den zwei Jahren als Juso-Bundesvorsitzende bundesweit als Parteilinke profiliert. Gegen sie anzutreten hätte politisch überhaupt keinen Sinn gemacht. Aber während ich noch darüber nachdachte, wie ich Franziska rechtzeitig vor Beginn des Wahlkampfes auf friedenspolitische Themen ansprechen könnte, kam im September die Nachricht: Sie tritt nicht an, weil sie zunächst in ihrem Beruf als Rechtsanwältin Fuß fassen möchte. Und plötzlich hieß es: »Was ist eigentlich mit Ute?«

Ich lernte also: Auch in der Parteipolitik gibt es »windows of opportunity«. Ich sagte natürlich zu, zog durch die Ortsvereine, um mich vorzustellen, und wurde am 10. Januar tatsächlich als Direktkandidatin aufgestellt. Seit 1999 hatte ich in meinem Ortsverein und Unterbezirk immer mal wieder berichtet, dass ich friedenspolitisch aktiv und fachkundig bin, dass mich (seit meiner Wahl zur BSV-Vorsitzenden immer häufiger) andere SPD-Gliederungen, aber auch Organisationen außerhalb des parteipolitischen Raums als Referentin oder PodiumsdiskutantIn einladen. Das kümmerte niemanden groß – ich war, glaube ich, vor meiner Aufstellung als Direktkandidatin insgesamt ganze drei Mal im eigenen Unterbezirk bzw. dessen Ortsvereinen zu friedenspolitischen Themen eingeladen worden. Nun hieß es plötzlich: »Du machst Friedenspolitik? Toll!«

■ Zustimmung zu klarer pazifistischer Position

Und es gab in den Vorstellungsrunden sehr ernsthafte Fragen dazu, wie ich mich bei einem möglichen Einzug in den Bundestag verhalten würde, wenn mal wieder über einen Auslandseinsatz der Bundeswehr abgestimmt würde. Ich habe klar und deutlich gesagt, dass ich bei allen eventuellen Kampfeinsätzen mit »nein« stimmen würde. Das stieß auf breite Zustimmung.

Steglitz-Zehlendorf gilt derzeit als fast sicherer CDU-Wahlkreis. Also spielte auch die Frage eine große Rolle, welchen Listenplatz ich bekommen würde. Die Berliner SPD hatte sich nach der Wahl 2009 selber darauf festgelegt, die Liste »im Reißverschluss« aufzustellen. Mein Einwand, dass die statutenmäßige Regelung (mindestens 40 Prozent von jedem Geschlecht) ggf. auch mal genutzt werden könnte, um mehr Frauen als Männer auf die vorderen Listenplätze zu bringen, wurde beiseite gewischt. Das wäre ja nur realistisch, wenn mindestens in der Hälfte der Wahlkreise Frauen aufgestellt würden. Und damit sei ja nun nach allen bisherigen Erfahrungen nicht zu rechnen. Aber als Ende Februar die 12 Wahlkreiskandidatu-

ren feststanden, waren jeweils sechs Frauen und sechs Männer aufgestellt worden. Nun mussten die also nach dem Reißverschlussprinzip auf die Liste verteilt werden. Für mich kam dabei letztlich Listenplatz 7 raus – nicht völlig chancenlos, aber auch alles andere als ein sicheres Ticket für den Bundestag. Ich gehöre also zu denjenigen, die erst am 22. September spät abends, vielleicht sogar erst am nächsten Morgen wissen werden, ob sie gewählt sind.

Aber egal, wie es ausgeht: Ich werde in Zukunft bei allen Gesprächen mit Abgeordneten sagen können, dass ich aus eigener Erfahrung nachvollziehen kann, was Aufstellungsprozess und Wahlkampf für Anforderungen stellen. Ich lerne das komplizierte Zusammenspiel zwischen »Basis«, Funktionären und Hauptamtlichen nochmals aus einer anderen Perspektive kennen. Und versuche derzeit, es so zu gestalten, dass ich etwas von dem politischen Umgangsstil, den ich aus meiner BSV-Arbeit kenne und schätze, in die Parteistrukturen übertrage. Das hatte ich als Unterbezirkskassiererin auch schon versucht, aber eine Wahlkreiskandidatin wird ganz anders wahrgenommen als eine Kassiererin. Franziska Drohsel hatte als Juso-Bundesvorsitzende eine »Tour de Sociale« in soziale Einrichtungen in verschiedenen Städten gemacht, die von den jeweiligen Juso-Gliederungen vorbereitet worden war. Sie bot mir an, etwas Entsprechendes für meinen Wahlkreis zu organisieren, was ich natürlich gerne angenommen habe. So ziehe ich derzeit zusammen mit bezirks- und landespolitischen MandatsträgerInnen durch Kinder-, Jugend- und Nachbarschaftszentren, besuche Organisationen, die sich im Bereich

Pflege, Beratung oder Inklusion psychisch oder physisch Erkrankter engagieren. Oft sind wir schnell am Fachsimpeln über Projektfinanzierung, über die Tücken und Chancen der Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und bezahlten GeschäftsführerInnen oder darüber, wie die eigene Arbeit staatlichen Geldgebern gegenüber angemessen präsentiert werden kann. Die Frage, wie mit Ausgrenzung, Gewalt, Ungerechtigkeit im eigenen Land umgegangen werden kann, beschäftigt mich ja auch als BSV-Vorsitzende. Viele in meinem Unterbezirk freuen sich, dass Franziska Drohsel und ich den Fokus auf die Probleme richten, die es auch in einem im Durchschnitt eher wohlhabenden Stadtteil gibt. Die SPD war lange eine Partei, die an der Basis der Gesellschaft angesetzt hat. Sie hat zumindest lokal das Zeug dazu, es wieder zu werden.

Ich werde die SPD, auch wenn ich es in den Bundestag schaffe, nicht im Alleingang verändern können. Aber ich werde alle diejenigen nachdenklich machen können, die behaupten, dass in unseren etablierten Parteien nur diejenigen eine Chance haben, die sich an innerparteiliche Seilschaften anpassen, an phantasielose Realpolitik. Denn als Mathematikerin weiß ich: Eine allgemeine Aussage wird durch ein einziges Gegenbeispiel widerlegt.

Dr. Ute Finckh-Krämer ist Forum Pazifismus-Redakteurin und Co-Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV). Zur Bundestagswahl kandidiert sie als Direktkandidatin im Wahlkreis Berlin-Steglitz-Zehlendorf für die SPD, auf deren Landesliste sie auf Platz 7 ist.



Kathrin Vogler

Warum ich als Pazifistin Politik für Die Linke mache

Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

Die inhaltliche Grundlage meiner friedenspolitischen Arbeit ist nach wie vor die pazifistische Grundsatzerklärung „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Das ist heute noch so richtig wie vor 34 Jahren, als ich die Beitrittserklärung der DFG-VK unterschrieben habe. Ich engagiere mich heute auch deshalb bei der Linken, weil diese Partei

die einzige relevante ist, in der ich als Pazifistin keine geduldete Randerscheinung bin, sondern das Bild der Partei mit prägen kann. Zum Beispiel wurden in NRW immerhin drei DFG-VK-Mitglieder auf die vorderen 10 Listenplätze zur Bundestagswahl gewählt.

Die Linke sieht sich selbst als Teil der Friedensbewegung. Sie fordert das Verbot aller Rüstungsexporte, die Beendigung der Auslandseinsätze und konkrete Abrüstung. Wer in den letzten Jah-